

**JUNGE GRUPPE
Nordhessen
unterstützt
gemeinsam mit der
Jugend-
Auszubildenen-Vertretung NH Initiative des
DGB zum Berufsbildungsgesetz**



Gewerkschaft der Polizei

Anfang des Jahres 2016 veranstaltete die DGB-Jugend Nordhessen eine Tagung zum Thema „Ausbildung besser machen“. Die Tagung richtete sich an Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) nordhessischer Betriebe und fand vor dem Hintergrund der diesjährigen BBiG-Kampagne der DGB-Jugend statt: „Die Gewerkschaftsjugend informiert anlässlich der in den kommenden Monaten anstehenden Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bundesweit über dessen Stärken und Schwächen.“

Hierzu nahm die DGB-Jugendbildungsreferentin der DGB-Jugend Nordhessen, auch Kontakt mit der GdP Nordhessen auf. Seitens des DGB war eine Beteiligung an der Initiative „Ausbildung besser machen!“ durch die GdP, als Mitgliedsgewerkschaft des DGB, erwünscht.

Gemeinsam diskutierten am Tag der Tagung Auszubildende und junge Beschäftigte im Kasseler Gewerkschaftshaus Fragen rund um das Thema Ausbildungsqualität. Dabei wurde deutlich, dass auch vor Ort noch einiges zu tun ist: Anzahl von Überstunden, Umsetzung von Ausbildungsrahmenplänen, Verrichten von ausbildungsfremden Tätigkeiten etc.

Wie kann die Qualität der Ausbildung verbessert werden? Welche Möglichkeiten hat die JAV die sich aktiv für bessere Ausbildungsbedingungen und -qualität vor Ort einsetzen!

Ergebnis der Tagung ist, dass die DGB-Jugend mit den Bundestagsabgeordneten (MdBs) in Nordhessen, mit konkreten Forderungen zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes in Kontakt treten will! Hierzu wurde ein offener Brief an die Abgeordneten verfasst. Er enthält Forderungen und den Aufruf, diese bei der anstehenden Gesetzesänderung auch umzusetzen!

Die JUNGE GRUPPE Nordhessen als Jugendorganisation innerhalb der GdP und Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten bis 30, hat sich gemeinsam mit der JAV Nordhessen in die Initiative eingebracht und deren Verbreitung unterstützt. (Das ausführliche Positionspapier der DGB-Jugend ist unter www.jugend.dgb.de/bbig abrufbar.)

Christoph Möhring
Vorsitzender JUNGE GRUPPE Nordhessen
stellv. Bundesjugendvorsitzender



Deutscher Gewerkschaftsbund

| Spohrstraße 6 - 8 | 34117 Kassel

Bundestagsabgeordnete
in Nordhessen

Forderungen der Gewerkschaftsjugend zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2015/2016

1. Februar 2016

Sehr geehrte/r Frau/Herr Bundestagsabgeordnete,

die DGB-Jugend und ihre Mitgliedsgewerkschaften, ver.di Jugend, IG Metall Jugend, IG BCE Jugend, EVG Jugend, junge GEW, Junge Gruppe (GdP), junge NGG und junge IG BAU vertreten in Nordhessen tausende junge Auszubildende und Beschäftigte, die sich in ihrer Gewerkschaft zur Verbesserung ihrer Ausbildungssituation organisieren.

Jedes Jahr gibt die DGB-Jugend bundes- und landesweit einen Ausbildungsreport heraus, der die aktuelle Situation der Auszubildenden und jungen Beschäftigten in den Betrieben branchenübergreifend darstellt. Der aktuelle Report von 2015 zeigt auf, dass längst nicht jede/r auch tatsächlich in einem Beruf landet, der sein/ihr Interesse weckt (auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot). Die Durchführung ausbildungsfremder Tätigkeiten, die mangelnde Betreuung durch Ausbilder/innen, die Regelmäßigkeit von Überstunden (teilweise ohne Ausgleich), die unterdurchschnittliche Höhe der Ausbildungsvergütung, fehlende Informationen des Arbeitgebers zur Übernahme nach der Ausbildung im Vorfeld der Abschlussprüfung, Hürden für Auszubildende mit Migrationshintergrund oder für Frauen in der Ausbildung oder fehlende Erholungszeit aufgrund langer Arbeitszeiten im Ausbildungsbetrieb stehen leider auch für zahlreiche Auszubildende in Nordhessen auf der Tagesordnung. Betriebe mit schlechten Ausbildungsbedingungen finden so folglich schwieriger junge Menschen, die eine Ausbildung bei ihnen absolvieren wollen.

Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Ausbildung ist unserer Auffassung nach eine Ausbildung mit einem hohen Standard an Ausbildungsqualität. Bedauerlicherweise richten nicht alle Arbeitgeber ihre Ausbildung nach den dazugehörigen Ausbildungsrahmenplänen der IHK und dem Berufsbildungsgesetz aus, sondern nach der aktuell vorherrschenden wirtschaftlichen Situation im Betrieb.

Die geplante Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist unserer Ansicht nach ein geeigneter Anlass, um die Ausbildungsqualität in den nordhessischen Betrieben zu verbessern. Hier ist der Gesetzgeber gefragt. Daher wenden wir uns als Gewerkschaftsjugend an Sie, die Bundestagsabgeordneten in Nordhessen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Kathrin Harth

Jugendbildungsreferentin
DGB-Jugend Hessen-Thüringen /
Nordhessen

Kathrin.Harth@dgb.de

Telefon: 0561/72095-34

Telefax: 0561/72095-33

Spohrstraße 6 - 8
34117 Kassel

Forderungen der DGB-Jugend zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2016:

Ausbildungsmittel und Fahrtkosten

Übernahme der anfallenden Kosten für Schulbücher sowie Fahrtkosten zum Betrieb und zur Berufsschule. Der Anspruch auf Übernahme der Kosten für betriebliche Ausbildungsmittel muss wirksam umgesetzt werden.

Sicherung der Ausbildungsqualität

Erweiterung der Kompetenzen der Berufsbildungsausschüsse als Qualitätssicherungsorgan in der beruflichen Bildung.

Eignung von Ausbilder/innen und Ausbildungsstätten

Regelmäßige Weiterqualifizierung nach einheitlichen berufspädagogischen Standards für das betriebliche Ausbildungspersonal. Aktualisierung und Modernisierung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO).

Ausbildungsplan und Ausbildungsnachweis

Zur Vermeidung von ausbildungsfremden Tätigkeiten braucht es eine wirksame Umsetzung des Anspruchs, das Berichtsheft während der Ausbildungszeit unter der fachlichen Anleitung des/der Ausbilder/in zu führen.

Anrechnung von Berufsschulzeiten

Aufhebung der unterschiedlichen Anrechnungsmodelle der Berufsschulzeiten auf die wöchentliche Ausbildungszeit bei minder- und volljährigen Auszubildenden sowie die volle Anrechnung der Pausen- und Wegezeiten auf die Ausbildungszeit.

Freistellung für Prüfungsvorbereitungen

Auszubildenden soll vor ihrer Abschlussprüfung fünf Tage Sonderurlaub gewährleistet werden.

Ausbildungszeiten

Die Ausbildung ist ein Lernverhältnis. Überstunden sind dort nicht vorgesehen. Daher: Keine Beschäftigung mehr, die über die wöchentlich vereinbarte Ausbildungszeit hinausgeht. Wochenendarbeit nur, wenn die Ausbildungsinhalte unter der Woche nicht vermittelt werden können.

Lernortkooperation

Regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch zwischen den beiden Lernorten in der dualen Ausbildung. Verankerung von grundlegenden Qualitätsaspekten am Lernort Berufsschule im BBiG.

Verbindliche Personalplanung zur Übernahme

Viele Auszubildende erhalten erst einen Tag vor der Abschlussprüfung eine Information, ob sie übernommen werden oder nicht. Andererseits müssen sie sich bei der Arbeitsagentur rechtzeitig arbeitslos melden, sonst drohen Sanktionen. Mit einer Regelung über eine 3-monatige Ankündigungsfrist zur Übernahme im Rahmen der Personalplanung würden Auszubildende Planungssicherheit erhalten und frühzeitig alternative Perspektiven prüfen können.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unsere Forderungen in Ihrer Fraktion bekannt machen könnten. Darüber hinaus freuen wir uns auf eine Rückmeldung von Ihnen bzw. Ihrer Fraktion / Partei mit Ihren Positionen zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes.

Die Gewerkschaftsjugend in Nordhessen fordert alle nordhessischen Bundestagsabgeordneten dazu auf, die gewerkschaftspolitischen Forderungen bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes zu berücksichtigen und umzusetzen.

Für einen direkten Austausch bspw. im Rahmen eines persönlichen Gesprächs etwa zur Klärung von Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Antwort!

Mit freundlichen Grüßen,

Kathrin Harth (Jugendbildungsreferentin DGB-Jugend Nordhessen)

